

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden
2 Beschluss des Stadtparteitages vom 27.10.2018

3 4 **Wahljahr 2019: Für die Fortsetzung der sozial-ökologischen** 5 **Reformpolitik in Dresden – Schwarzblau verhindern!**

6
7 Wir Grüne wollen bei den Stadtrats- sowie den Stadtbezirks- und Ortschaftsratswahlen am 26. Mai
8 2019, den Europawahlen und den Landtagswahlen am 1. September 2019 einen politischen
9 Rechtsruck in Dresden, Sachsen und Europa mit unabsehbaren Folgen für das innere Gleichgewicht der
10 Gesellschaft und Demokratie verhindern. Wir verstehen uns als Teil der gesellschaftlichen Kräfte und
11 Bewegungen in Dresden und Sachsen, die sich Pegida und AfD und den autoritär-völkischen
12 Verführungen einer “illiberalen Demokratie” a la Orban aktiv entgegen stellen. Wir verteidigen die
13 Demokratie des Grundgesetzes und die politischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität und
14 stehen zur europäischen Einigung. In den Zeiten, in denen der menschengemachte Klimawandels
15 konkrete Wirkungen auf unser Leben spüren lässt, treten wir als einzige politische Kraft für eine echte
16 Energie- und Verkehrswende ein.

17

18 I. Unsere Erfolge mit der RGR-Stadtratskooperation

19 Wir haben 2014 in der Kooperation im Stadtrat mit der Linken, der SPD und den Piraten begonnen,
20 Dresden sozialer, demokratischer und ökologischer zu gestalten. Wir haben in wichtigen Politikfeldern
21 die Weichen in Richtung Allgemeinwohl gestellt und einen Wandel in vielen Politikfeldern eingeleitet,
22 die von den konservativen Mehrheiten der Vergangenheit vernachlässigt wurden. Dieser
23 Politikwechsel ist noch nicht vollendet und muss auch nach der Kommunalwahl engagiert fortgesetzt
24 werden. Das geht nur mit einer progressiven Mehrheit im Stadtrat. Wir müssen verhindern, dass die
25 Reformen wieder zurückgeschraubt werden.

26

27 **1. Neubeginn des sozialen Wohnungsbaus**

28 Wir haben mit der Gründung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft “Wohnen in Dresden” (WID)
29 nach dem von uns bekämpften Totalverkauf der WOBA einen Paradigmenwechsel bei einer zentralen
30 Aufgabe der Daseinsvorsorge vollzogen und zur Sicherung bezahlbarer Mieten mit dem Sozialen
31 Wohnungsbau begonnen. Die WID soll in erster Linie für die Bedarfsgruppen Wohnraum schaffen, die
32 zunehmend Schwierigkeiten haben, auf dem freien Markt bezahlbare Angebote zu finden: Große
33 Familien, Singlehaushalte und Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die über geringes

34 Einkommen verfügen oder auf Transferleistungen angewiesen sind. Wir haben der WID dafür
35 Finanzmittel und Grundstücke übertragen. Im September 2018 wurde der Startschuss mit dem ersten
36 Spatenstich sichtbar. Wir hätten uns einen weit früheren Start gewünscht und gern mehr Wohnungen
37 fertiggestellt, allerdings haben bürokratische Hürden in der sächsischen Förderrichtlinie und eine
38 schleppende Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen durch die Verwaltung die ambitionierten
39 Zielstellungen verzögert. Wir wollen dafür sorgen, dass die WID weiter mit Grundstücken und
40 Finanzmitteln ausgestattet wird, die den Bau von insgesamt 2500 Wohnungen bis 2025 ermöglichen.
41 Darüberhinaus wollen wir auch private Investoren, Genossenschaften und Bauherrengemeinschaften
42 ermutigen, mietgebundenen Wohnraum in Dresden zu schaffen. Mit dem Grundsatzbeschluss für eine
43 kooperative Baulandentwicklung wollen wir die Grundlagen schaffen, um Investoren nach gleichen
44 Kriterien an den sozialen Folgekosten wie Kitas, Grundschulen und Spielplätze zu beteiligen und zu
45 einer festen Quote von Sozialwohnungen zu veranlassen. Leider ist es uns immer noch nicht gelungen,
46 auf dem Gelände des Alten Leipziger Bahnhofs Wohnungsbau durchzusetzen, weil die Linke nicht
47 bereit ist, den Bebauungsplan für "Globus" aufzuheben. Sollte die Aufhebung nicht gelungen, wird
48 dieses Ziel wieder ein Wahlkampfschwerpunkt werden müssen.

49

50 **2. Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung**

51 Bündnis 90 / Die Grünen treten seit ihrer Gründung für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung ein.
52 Wir haben in Dresden – einzigartig in Sachsen! – entscheidende Schritte für mehr demokratische
53 Rechte der Dresdnerinnen und Dresdner sowie für mehr Bürgerbeteiligung durchgesetzt. Am 26. Mai
54 2019 finden jetzt erstmals Direktwahlen zu den Stadtbezirksbeiräten, den aufgewerteten Ortsbeiräten,
55 statt. Bisher wurden die Ortsbeiräte vom Stadtrat bestimmt, jetzt können die Bürgerinnen und Bürger
56 eines Stadtbezirks selbst wählen, wer sie im Stadtbezirksbeirat vertreten soll. Jetzt können auch
57 örtliche Initiativen und Vereine unabhängig von Parteien mit Aussicht auf Erfolg Listen aufstellen. Wir
58 halten dies auch für eine richtige politische Antwort an diejenigen, die immer wieder Montags eine
59 angebliche Meinungsdictatur in Deutschland beklagen, aber nicht bereit sind, die Mühen der Debatten
60 und Meinungsbildung im Volk auf sich zu nehmen. Bezeichnenderweise hat nicht nur die CDU, sondern
61 auch die AfD gegen die Stadtbezirksverfassung gestimmt.

62 Die Stadtbezirksbeiräte haben jetzt ein Selbstbefassungsrecht, sie können politische Themen auch
63 Antrag der Verwaltung oder aus dem Stadtrat behandeln. Sie können jetzt mehr örtliche
64 Angelegenheiten selbst entscheiden. Wir werden in den Haushaltsverhandlungen dafür sorgen, dass
65 die Stadtbezirksbeiräte mehr Geld für örtliche Aufgaben erhalten. Eigentlich wollten wir in ganz
66 Dresden die Ortschaftsverfassung einführen und damit Rechtsgleichheit für alle Dresdner Bürgerinnen

67 und Bürger herstellen. Die CDU / SPD – Koalition im sächsischen Landtag hat dies mit einer Änderung
68 der Gemeindeordnung ausdrücklich verhindert. Unser Ziel bleibt die Gleichstellung aller örtlichen
69 Räte und ihr Ausbau zu einer örtlichen Vertretung, die die örtlichen Aufgaben der Verwaltung steuert.
70 Dies zeigt: Bündnis 90 / Die Grünen sind die einzige politische Kraft, die ernst macht mit mehr
71 Demokratie!

72 Der grüne Baubürgermeister und die grüne Umweltbürgermeisterin haben in der Praxis bewiesen, dass
73 sie es ernst meinen mit mehr Bürgerbeteiligung. Dafür stehen etwa die Beteiligungsprozesse zur
74 Sanierung der Königsbrücker Straße, der Gestaltung des Südparks in Plauen oder im Wettbewerb
75 Königsufer und Neustädter Markt. Wir haben im Juli 2018 gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen
76 Antrag auf Einführung einer Bürgerbeteiligungssatzung in den Stadtrat eingebracht. Eine bestimmte
77 Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern soll mit ihren Unterschriften eine rechtzeitige und verständliche
78 Information über städtische Vorhaben durchsetzen können. Zudem sollen sie erreichen können, dass
79 die Bürgerinnen und Bürger in einem geordneten Verfahren dem Stadtrat, dem OB oder einem
80 örtlichen Rat eine bestimmte Entscheidung empfehlen können. Zur Zeit befinden wir uns in guten
81 Verhandlungen mit der Verwaltung und streben eine Beschlussfassung im Januar 2019 an.

82

83 **3. Wende in der Mobilitätspolitik**

84 Wir haben eine Wende in der Mobilitätspolitik eingeleitet: Wir haben den Ausbau von Straßen allein
85 nach den Interessen des Motorisierten Individualverkehrs zugunsten einer stadtteilverträglichen
86 Planung beendet. Dafür steht die von RGR beschlossene Planung zur Sanierung der Königsbrücker
87 Straße, die einen Kompromiss zwischen den Anforderungen an die Hauptnordsüdachse der
88 Straßenbahn wie denen eines Stadtteilzentrums mit breiten Fuß- und Radwegen entspricht.

89 Wir haben einen deutlichen Schwerpunkt beim Ausbau des Rad- und Fußverkehrs gesetzt. Die Mittel
90 für Sanierung und Bau von Gehwegen haben wir deutlich erhöht. Leider schafft es die Verwaltung
91 immer noch nicht, die zur Verfügung gestellten Mittel auch zu verbauen. Mit dem im März 2017
92 beschlossenen Radverkehrskonzept wollen wir in 10 Jahren ein abgestimmtes Radverkehrsnetz in
93 Dresden schaffen, das den Anforderungen an Sicherheit, Bequemlichkeit und Verbindung aller
94 wichtigen Ziele leistet. Dafür haben wir auch mehr Personal und Mittel bereit gestellt. Am
95 Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof sollen endlich Radhäuser entstehen. Wir haben durchgesetzt,
96 dass Unfallschwerpunkte schnell beseitigt werden. Trotz wichtiger Baumaßnahmen am Elberadweg,
97 der Winterbergstraße oder am Sachsenplatz geht uns der Ausbau nicht schnell genug voran.

98 Wir setzen einen Schwerpunkt beim Ausbau von Straßenbahn und Busnetz sowie im Rahmen des VVO
99 der S-Bahn. Die Eröffnung des S-Bahnhofs Bischofsplatz zeigt, welche Potentiale noch bestehen. Mit

100 einer stärkeren städtischen Finanzierung haben wir das Sozialticket für Dresden-Pass-Berechtigte
101 ausgeweitet. Obwohl RGR die erforderlichen Mittel bereit gestellt hat, kommt der Bau der Stadtbahn
102 zwischen Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße, Nossener Brücke, Nürnberger Platz und Zellescher
103 Weg bis zum Haltepunkt Strehlen (“Universitätslinie”) nur langsam voran. Verantwortlich ist die
104 Deutsche Bahn und die Landesdirektion, die nicht in der Lage ist, Planfeststellungsverfahren in der
105 gebotenen Qualität (Baustopp Oskarstraße!) und Schnelligkeit durchzuführen. Neben der Unilinie
106 treiben wir die Planung der Straßenbahn Johannstadt – Plauen voran. Unser Ziel ist es, im Jahre 2030
107 einen Anteil des ÖPNV von einem Drittel an allen in Dresden zurückgelegten Wegen zu erreichen.

108

109 **4. Klima- und Naturschutz**

110 Die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Dresden sind in den letzten Jahren nicht wesentlich
111 gesunken, allerdings trotz des Wachstums der Bevölkerung und der Wirtschaft auch nicht gestiegen.
112 Wirksame Treibhausgasreduktionen können im Gebäudesektor, für den die Bundespolitik zuständig ist,
113 sowie im Energie- und Mobilitätssektor erzielt werden. In der Mobilitätspolitik geht es darum, den
114 Anteil der treibhausgasfreien Mobilitätsformen wie Rad- und Fußverkehr sowie den ÖPNV
115 voranzutreiben und dem Umweltverbund einen wesentlich höheren Anteil an allen zurückgelegten
116 Wegen zu sichern. Elektromobilität ist nur dann klimaneutral, wenn die elektrische Energie aus
117 Erneuerbaren Energien bezogen wird. Die Förderung des Rad- und Fußverkehrs sowie des ÖPNV
118 versprechen neben der Umstellung auf Elektromobilität eine spürbare Reduktion der
119 Treibhausgasemissionen.

120 Der große strategische Schritt im Energiesektor bleibt immer noch der Bau des Gas- und
121 Dampfturbinenkraftwerks mit Kraftwärmekopplung an der Nossener Brücke Mitte der 90er Jahre.
122 Leider haben die städtischen Energiegesellschaften DREWAG und ENSO nur zurückhaltend in
123 Erneuerbare Energien investiert. Dagegen wird der Ausbau des Fernwärmenetzes mit der Leitung unter
124 der Elbe nach Pieschen vorangetrieben. Dies stärkt sicher die Ertragsfähigkeit der DREWAG, leistet
125 aber keinen Beitrag zur Dekarbonisierung. Der Beschluss zum Bau eines schnellstartfähigen 5 x 20 MW
126 Gaskraftwerks in Reick wird die Effizienz der Energiebereitstellung erheblich verbessern. Dagegen hat
127 die Verwaltung den von RGR vereinbarten Wärmeplan, der alle Erzeuger und Verbraucher zusammen
128 sieht und Einsatzmöglichkeiten für eine effizientere und erneuerbare Wärmeversorgung aufzeigt,
129 immer noch nicht auf den Weg gebracht.

130 Unsere Erfolge im Naturschutz sind die begonnene Umstellung auf eine naturnahe Pflege öffentlicher
131 Flächen und das Glyphosatverbot oder die Förderung urbaner Gärten. Wir freuen uns für die
132 Bewahrung der Hufewiesen in Pieschen, für den Grüne lange gekämpft haben, und des Südparks in

133 Plauen als öffentliche Parke. Nicht vorangekommen sind wir bei der Erweiterung des Leutewitzer Parks
134 in Cotta und des Alaunparks in Neustadt. Einen wichtigen städtebaulichen Akzent setzt der grüne
135 Promenadenring West, der derzeit gebaut wird. Eine herbe Niederlage ist die Legalisierung der
136 illegalen Gewerbeansiedlung am Augustusweg in Klotzsche, für den nicht nur die Rechte, sondern auch
137 Linke und SPD gestimmt haben. Der größte strategische Erfolg für den Naturschutz ist aber die
138 Bewirtschaftungsplanung der Wälder im Eigentum der Stadt Dresden, die sogenannte
139 "Forsteinrichtung", die nun auf ca. 14% oder 132 Hektar Prozessschutz vorsieht: dort soll der Natur eine
140 vom Menschen unbeeinflusste Entwicklung gelassen werden. Die grüne Umweltbürgermeisterin hat
141 schließlich die Anerkennung ehrenamtlicher Naturschutzhelferinnen und -helfer verbessert,

142

143 **5. Soziales Dresden**

144 Dresden ist durch RGR sozialer geworden. Viele soziale Projekte wurden auf den Weg gebracht,
145 größtenteils gegen den Widerstand der konservativen Kräfte im Stadtrat. Das gilt für die Einführung
146 eines echten Sozialtickets, mit dem Inhaber des Dresden Passes mit einem Rabatt von 50% das
147 Aboticket der DVB nutzen können. Wir haben beim Jobcenter als erfolgreichen Modellversuch eine
148 Ombudsstelle zur Konfliktbereinigung geschaffen. Soziale Projekte haben wir finanziell besser
149 abgesichert und eine tarifgerechte Bezahlung gewährleistet. Die Verlängerung der Förderzeiträume
150 hat die Arbeit vieler Träger auf planbare Füße gestellt und ihren bürokratischen Aufwand vermindert.
151 Neue Impulse wurden bei der Wohnungslosenhilfe gesetzt und die Initiativen besser unterstützt. Die
152 Straßenschule wurde gerettet. Bei der großen Aufgabe zur Integration von Geflüchteten haben wir
153 nicht nur das Unterbringungsproblem mit Augenmaß gelöst, wir haben die soziale Betreuung
154 gegenüber den Landesvorgaben intensiviert und die vielen ehrenamtlichen Helfer in ihrer Arbeit
155 gestärkt.

156 Gewaltschutzprojekte und der Ausbau der Frauenschutzhäuser werden gezielt gefördert. Das
157 Alleinerziehenden-Netzwerk unterstützen wir finanziell in seiner Arbeit. Gleichstellungsprojekte
158 erhalten deutlich mehr Geld, die Angebote des Frauenbildungshauses und des Männernetzwerks
159 haben wir ausgebaut. Im Büro der Gleichstellungsbeauftragten haben wir die notwendigen Gelder für
160 ein neues Beratungsangebot speziell für schwule, lesbische, transgender und transsexuelle Menschen
161 (LSBTTIQ*) bereitgestellt. Die Angebote der Jugendhilfe wurden um 9,6 Millionen Euro aufgestockt im
162 Vergleich zum Haushaltsentwurf der Verwaltung für 2017/18. Die mobilen Angebote der
163 Straßensozialarbeit, z.B. am Hauptbahnhof haben wir ausgebaut. Wir haben am Scheunenvorplatz durch
164 den Einsatz einer Neustadtkümmernerin ein soziales und kriminalpräventives Angebot für alle im Kiez
165 geschaffen, das gut angenommen wird. Im fortgeschriebenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-

166 Behindertenrechtskonvention werden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation
167 für Menschen mit Handicaps auf den Weg gebracht. Für die offene Seniorenarbeit und
168 Selbsthilfenetzwerke haben wir mehr Mittel bereit gestellt. Eine Wohnberatungsstelle insbesondere
169 für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung wurde auf den Weg gebracht.

170

171 **6. Bildungspolitik unter RGR in Dresden**

172 Abgesehen davon, dass wir mit SPD und Linken in Bau und Sanierung von Schulen und Kitas so viele
173 Investitionsmittel steckten, wie noch nie zuvor, haben wir gemeinsam auch zahlreiche weitere
174 bildungspolitische Ziele angepackt und mit Erfolg umgesetzt. Für gleiche Bildungschancen für Alle in
175 Dresden, eine zentrale grüne Aufgabe.

176 Eine unserer ersten Initiativen war der Beschluss der neuen Dresdner Schulbauleitlinie. Schulbauten
177 sind keine reinen Zweckbauten, sondern Qualität im Schulbau hat Einfluss auf Qualität in der
178 Schulbildung. Neue Lernformen werden unterstützt. Mit der Schulbauleitlinie wird nicht nur die
179 Beteiligung aller Nutzer am Schulbau von Anfang an festgelegt, auch die Schulbauleitlinie selbst
180 wurde unter breiter Beteiligung von Bevölkerung, Fachleuten, Politik und Verwaltung erstellt. Alle
181 Neubauten werden damit zukünftig barrierefrei gebaut. Bei jedem Neubau und jeder Sanierung muss
182 die Nutzung von Solarenergie überprüft oder eingebaut werden. Der Schulnetzplan wird mittlerweile
183 jährlich aktualisiert. Der aktuelle Schulnetzplan wurde zum ersten Mal bereits in der Entwurfsfassung
184 vorgelegt und ermöglichte damit eine sehr frühe Diskussion zum Schulnetzplan. Mit unseren Partnern
185 haben wir alle VertreterInnen von Schulen, die Bedarf auf Gespräche angemeldet haben, eingeladen
186 und mit ihnen und der Verwaltung gemeinsam über die Gestaltung des Schulnetzplanes verhandelt.
187 Unsere Veränderungen am Schulnetzplan verhinderten z.B. die Verschiebung von Förderschulen allein
188 aus Platzgründen ohne Beachtung der Schulqualität. Wir haben die Gründung eines Gymnasiums in
189 Gorbitz festgelegt und ein Berufsschulzentrum mit der Möglichkeit zum allgemeinen Abitur in Prohlis
190 in der Boxberger Straße beschlossen. Über den Jugendhilfeausschuss erreichte RGR, dass
191 SchulsozialarbeiterInnen zukünftig transparent und fair verteilt werden. Die Gründung von
192 Schulbibliotheken haben wir angestoßen, verstetigt mit jährlich 10 zu gründenden neuen
193 Schulbibliotheken und mit Personal untersetzt.

194 In Kitas richteten wir eine trägerunabhängige Beratungsstelle für Eltern ein. 25 zusätzliche
195 Personalstellen in Kitas helfen kurzfristig Defizite im Personal auszugleichen. Die Erweiterung des
196 Programmes „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ von Kitas auf den Hort haben wir beschlossen,
197 denn der besondere Unterstützungsbedarf endet nicht bei Schulbeginn, sondern ist in der Schule
198 weiter richtig und wichtig, um Kindern gleiche Chancen zu geben. Jedes Kind in Dresden bekommt

199 einen Hortplatz. Mit dem Kitafachplan wird umgesetzt, dass in jeder Schule so viele Hortplätze wie
200 Schulplätze genehmigt werden. Es gibt eine Kita und einen Krippenplatz für jedes Kind. Der
201 Rechtsanspruch ist abgesichert. Immer wieder haben wir uns mit SPD und Linken erfolgreich für die
202 Beibehaltung der Beitragsfreiheit des 3. Kindes in der Kita eingesetzt.

203 Die Gründung der Unischule haben wir beschlossen, unterstützt und auf den Weg gebracht. In der
204 Cämmerswalder Straße wird sie im kommenden Schuljahr die ersten SchülerInnen aufnehmen.

205 Schließlich haben wir mit dem Bildungsbeirat eine Schnittstelle mit Fachkräften aus verschiedensten
206 Bildungsbereichen in Dresden, der Politik und der Verwaltung geschaffen.

207

208 **7. Integration in Dresden**

209 Die Aufnahme von zehntausend Geflüchteten seit 2014 wurde durch große Anstrengungen in der
210 Verwaltung, der Politik und Dank der Vielzahl an Ehrenamtlichen gemeistert. Bei der Unterbringung,
211 Versorgung, Betreuung und Integration von Geflüchteten haben wir durch zahlreiche politische
212 Initiativen neue Maßstäbe gesetzt. Rot-Grün-rot hat 2018 die Unterbringungssatzung dahingehend
213 geändert, dass Geflüchtete, deren Integration durch Arbeitsaufnahme oder den Beginn einer
214 Ausbildung bereits auf einem guten Weg ist, nicht mit extrem hohen Unterbringungskosten in den
215 städtischen Gemeinschaftsunterkünften belastet werden. Auf grüne Initiative hat der Stadtrat 2015
216 beschlossen, keine Kinder und Familien in den städtischen Notunterkünften unterzubringen. Die
217 politische Maßgabe, zwei Drittel der Asylsuchenden in Wohnungen unterzubringen und nur ein Drittel
218 in Gemeinschaftsunterkünften, wurde seit 2014 eingelöst. 2017 hat die Mehrheit im Stadtrat, ohne die
219 Stimmen der CDU, die Unterbringungsqualität durch ein Bündel an Maßnahmen weiter verbessert. So
220 wird zum Beispiel in allen Wohnheimen eine Selbstversorgung möglich sein, in den Wohnungen wird
221 die Privatsphäre erhöht, indem keine Durchgangszimmer mehr belegt werden. Diese
222 Stadtratsbeschlüsse müssen nun konsequent durch die Stadtverwaltung umgesetzt werden.
223 Dahingehend machen wir weiter Druck.

224 Die Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Dresden für 2015-2020 unterstützen wir mit
225 politischen Initiativen, die ohne ROT-GRÜN-ROT keine Chance hätten.

226 Der Betreuungsschlüssel in der Flüchtlingssozialarbeit wurde mit zusätzlichen städtischen Geldern
227 von 1:150 auf 1:80 verbessert. Dem Projekt "Bildungspatenschaften" des Ausländerrates Dresden e.V.
228 haben wir mit 100.000 Euro pro Jahr nach der Modellprojektphase eine solide Perspektive gegeben.

229 Seit 2015 hat die Stadt Dresden auf Initiative von ROT-GRÜN-ROT einen Ehrenamtskoordinator im
230 Sozialamt eingestellt, der die Flüchtlingshelfer und -helferinnen in Dresden vernetzt und unterstützt.

231 Durch Beschluss des Stadtrates haben wir eine Gesundheitskarte für Asylsuchende auf den Weg

232 gebracht, die einen Zugang zum Gesundheitssystem ohne zusätzliche bürokratische Hürden
233 ermöglichen soll. Nach langen Verhandlungen zwischen den rot-grün-roten Fraktionen, der
234 Verwaltung, der kassenärztlichen Vereinigung und Krankenkassen ist ein Durchbruch gelungen.
235 Sozialbürgermeisterin Dr. Kristin Kaufmann hat in Aussicht gestellt, dass Dresden als erste Kommune
236 in Sachsen eine Rahmenvereinbarung zur Einführung einer Gesundheitskarte mit mehreren
237 Krankenkassen abschließen wird. Für die individuelle Gesundheitsberatung von Frauen mit
238 Migrationshintergrund haben wir zusätzliche Gelder bereitgestellt, um der großen Nachfrage gerecht
239 zu werden.

240 Das Miteinander in unserer Stadt fördern wir durch die Fortschreibung des "Lokalen
241 Handlungsprogramms für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden" bis 2022. Die städtischen Gelder
242 haben wir 2017/18 um jährlich 200.000 Euro erhöht. Auf Initiative von LINKEN, GRÜNEN und SPD ist
243 Dresden 2016 der UNESCO Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten und arbeitet dazu aktiv mit
244 anderen Städten zusammen.

245

246 **8. Solide HH-Politik**

247 Die CDU hat die rotgrünrote Kooperation im Stadtrat vor allem in der Haushaltspolitik angegriffen.
248 Nach dem alten Mantra der Konservativen, dass "Linke nicht mit Geld umgehen" könnten, behaupten
249 sie, dass RGR Dresden in die Verschuldung treiben würde. Dies ist falsch wie unsere ausgeglichenen
250 Haushalte seit 2014 beweisen. Gegen die Stimmen der Konservativen haben wir z.B. 2015 den
251 Stadthaushalt vor einem 40-Millionen-Euro-Loch bewahrt, als wir die Stadtverwaltung mit ihren
252 Plänen überteuerter Flüchtlingsunterbringungsmaßnahmen stoppten. Planungen für Investitionen in
253 Kultur- und Bildungseinrichtungen konnten auf einem hohen Niveau realisiert und auch in der
254 mittelfristigen Planung gesichert werden. Ärgerlich bleibt allerdings, dass viele investive Mittel als
255 Haushaltsreste zu Buche schlagen, weil die Verwaltung zu lange für die Umsetzung von Projekten
256 benötigt.

257

258 **9. Fazit**

259 Nach vier Jahren rot-grün-roter Kooperation können wir insgesamt ein positives Fazit ziehen: Wir
260 haben in und mit der Kooperation wesentliche grüne Projekte für Dresden durchgesetzt. Allerdings
261 blieb es oft auch nur bei Grundsatzentscheidungen, entsprechende Maßnahmen wurden bisher nur
262 unvollständig oder ansatzweise umgesetzt. Wir können zwar einige, insgesamt aber zu wenig sichtbare
263 und spürbare Erfolge vorweisen. Unsere Aufgabe im Wahlkampf wird es daher sein, die zentralen
264 positiven Weichenstellungen unserer Politik zu erklären und um Verständnis dafür zu werben, dass der

265 auf ein neues Gleis gesetzte Zug der Stadtpolitik noch nicht weit genug fahren konnte. Wir brauchen
266 daher eine Mehrheit auch im nächsten Stadtrat, damit unsere Erfolge reifen können!
267 Obwohl wir gerade in der Wohnungspolitik oder der Demokratisierung einen breiten politischen
268 Konsens begrüßt hätten, mussten wir feststellen, dass CDU, FDP und AfD, die sich im Stadtrat als ein
269 politisches Lager gegen RGR begreifen und allen wichtigen Entscheidungen erbitterten Widerstand
270 entgegen gesetzt haben: Dies gilt etwa für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und des
271 Personals zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Jahre 2015 / 16, für die Gründung
272 und Ausstattung der WID, das Sozialticket, für eine stadtteilverträgliche Straßenplanung wie bei der
273 Königsbrücker, für das Radverkehrskonzept oder der Direktwahl und die Ausstattung der
274 Stadtbezirksbeiräte.
275 Die politische Rechte trägt keines unserer zentralen Projekte mit. Daher müssen wir erkennen, dass die
276 Rückabwicklung unserer Erfolge droht, wenn Rot-Grün-Rot am 26. Mai 2019 keine Mehrheit im
277 Stadtrat mehr erhalten sollte. Deshalb wollen wir die Kooperation mit der Linken und der SPD in der
278 Wahlperiode 2019 bis 2024 fortsetzen in die wir gerne auch andere progressive Stadträte und
279 Gruppen einbeziehen wollen.

280

281 **II. Schwarzblau in Dresden und Sachsen ist kein Hirngespinnst!**

282 **1. Die AfD als zunehmend rechtsradikale Scharnierpartei**

283 Die AfD ist eine neoliberale und autoritär-völkische Scharnierpartei, die Konservative,
284 Deutschnationale, Rechtspopulisten und Nazis in einer Partei zusammenbindet. Zum ersten Mal seit
285 der Weimarer Republik vereinigt sie das gesamte rechte Spektrum zwischen Konservativen und
286 Neonazis. Seit ihrer Gründung 2013 radikalisiert sich die AfD laufend in Richtung Rechtsextremismus.
287 Sie vertritt einen völkischen Volksbegriff und kündigt damit den Konsens, wer zur Gesellschaft gehören
288 und wer ausgegrenzt werden soll. Dies gilt nicht nur für Ausländer und Flüchtlinge, sondern auch für
289 die politischen Gegner der AfD. Sie tendiert wie ihre Vorbilder Orbán oder Salvini zu einer autoritären
290 Formierung der Gesellschaft. In ihr tummeln sich eindeutige Nazis und Gewalttäter. In Dresden ist die
291 AfD der parlamentarische Arm von Pegida und der Anti-Flüchtlingsinitiativen. Ihr gelingt es, den
292 Protest gegen Überfremdungsgefühle gegen Wessis und Flüchtlinge sowie die Anstrengungen einer
293 offenen Gesellschaft politisch zu mobilisieren. Dem müssen wir das Ideal einer freien, gleichen,
294 sozialen und ökologischen Gesellschaft entgegen setzen.

295

296 **2. Schwarz-Blau werden zusammenarbeiten**

297 Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 und aktuellen Wahlumfragen für Sachsen können

298 AfD und CDU derzeit auf eine Mehrheit in Dresden hoffen, vor allem, wenn sie sich auf die
299 Unterstützung der FDP und vermeintlich unabhängige Wählervereinigungen stützen können. Selbst
300 wenn Piraten, Die Partei und Das Bündnis Freie Wähler mit RGR aufgeschlossenen gegenüber
301 stehenden Stadträt*innen Mandate erringen, ist eine progressive Mehrheit im Stadtrat keineswegs
302 gesichert.

303 Die CDU-Rechte vertritt, vielleicht weniger radikal, aber doch ähnliche politische Grundanschauungen
304 und Ziele wie die AfD. Es bestehen durchaus persönliche Verbindungen einflussreicher CDU-Stadträte
305 ins Pegida-Milieu. Mit den Freien Wählern wird eine weitere Gruppierung zur Stadtratswahl antreten,
306 in deren Reihen sich bekennende Pegida-Anhänger*innen tummeln. CDU und AfD verstehen sich im
307 Stadtrat jetzt schon als ein politisches Lager gegen RGR. Eine Ausgrenzung wie bei der NPD findet
308 nicht statt. Der CDU erscheint die Ablösung der RGR-Kooperation verlockender und wichtiger, als eine
309 klare Abgrenzung nach rechtsaußen. Sie hält sich auf Stadt- und Landesebene eine Zusammenarbeit
310 mit der AfD bewusst offen, wie die entsprechenden Aussagen des Kreisvorsitzenden und neuen
311 Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Christian Hartmann, zeigen. Dementi einer Zusammenarbeit
312 nach den Wahlen werden bezeichnenderweise nicht inhaltlich begründet und sind rein taktischer
313 Natur. Was besonderes irritiert: Es sind keine Stimmen in der Dresdner CDU hörbar, die sich eindeutig
314 und begründet gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD wenden!

315 Wir müssen daher davon ausgehen: Wenn es stimmenmäßig reicht, wird die CDU mit der AfD eine
316 Koalition bilden, um RGR abzulösen. Und eine FDP-Fraktion unter einem Vorsitzenden Zastrow würde
317 sich einer Zusammenarbeit mit schwarzblau bestimmt nicht verweigern.

318 In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, dass die Dresdner FDP durch einen Konflikt
319 zwischen einem rechtslastigen, nationalliberalen Flügel und Vertreter*innen eines klassischen
320 Liberalismus erschüttert wird. Der Ausgang dieses Konflikts wird darüber entscheiden, ob die Dresdner
321 FDP zu einer Stütze oder einem Hindernis einer rechtsvölkischen Mehrheit im Stadtrat wird.

322 Anders als in der FDP sind in der Mitgliedschaft der CDU die Proteste gegen den Rechtskurs der
323 Führung bislang ausgeblieben. Damit wird die CDU der Verantwortung, die aus ihrem
324 Selbstverständnis als demokratische Volkspartei erwachsen sollte, nicht gerecht.

325 Wir fordern von der CDU und der FDP eine eindeutige Distanzierung von einer Zusammenarbeit mit
326 der AfD nach der Stadtratswahl. Geschieht dies nicht, werden wir im Wahlkampf deutlich machen, dass
327 sie bereit sind, der AfD Einfluss auf die Entwicklung Dresdens einzuräumen.

328

329 **3. Was droht mit schwarzblau(gelb)?**

330 Es muss befürchtet werden, dass eine Mehrheit von Konservativen, Völkischen und Neoliberalen im

331 Stadtrat die Gründung der WID rückgängig machen, diese aber jedenfalls finanziell austrocknen und
332 damit den Sozialen Wohnungsbau stoppen würde. Das Sozialticket würde gestutzt, demokratische und
333 soziale Initiativen ausgebremst werden. Das Lokale Handlungskonzept für Demokratie und gegen
334 Extremismus, gegen das CDU und AFD gestimmt haben, würde ausgeblutet werden. Zwar kann die
335 Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte frühestens wieder für die Wahlen 2029 abgeschafft werden, aber
336 eine rechte Mehrheit könnte und würde den örtlichen Vertretungen die erforderlichen Mittel streichen
337 und auf dem Weg der Entscheidungsdezentralisierung nicht weiter voranschreiten. Es bleibt
338 abzuwarten, wie sich die CDU zur Bürgerbeteiligungssatzung stellt; bisher ist diesbezüglich jedenfalls
339 kein Engagement zu erkennen gewesen.

340 In der Mobilitätspolitik ist ein Rückfall in eine autozentrierte Mobilitätspolitik zu Lasten von Rad- und
341 Fußverkehr sowie des ÖPNV sicher zu erwarten. CDU / FDP würden den Kompromiss zur Königsbrücker
342 – wie schon einmal nach den Stadtratswahlen 2009! – aufkündigen und wieder versuchen, eine
343 stadtteilzerstörende vierspurige Autotrasse durch die Neustadt zu schlagen. Die Umsetzung des
344 Radverkehrskonzepts würde unter den Vorbehalt des Erhalts bestehender breiter Autotrassen gestellt.
345 Obwohl die CDU das Stadtbahnprojekt mitträgt, steht zu befürchten, dass sie nicht den erforderlichen
346 Druck entfaltet.

347 Die AfD und ihre Verbündete in der CDU werden versuchen, ihre illiberale Wende auch in der
348 Kulturpolitik durchzusetzen. Das Beispiel Österreich warnt! Eine schwarz-blaue Zusammenarbeit im
349 Stadtrat würde verheerende Auswirkungen auf das Ansehen Dresdens haben. Die Pegida-Hetzer und
350 ihre schwarzblaue Vertretung im Stadtrat würden noch mehr als bisher schon das Bild von Dresden
351 bestimmen, Unternehmen und TU würden unter dem schlechtem Ruf Dresdens noch mehr leiden, als
352 bisher schon. Es ist nicht vorstellbar, dass Dresden so die Bewerbung um die Kulturhauptstadt 2025
353 gewinnen kann.

354

355 **III. Unsere GRÜNE Aufstellung in Dresden und Sachsen**

356 Unser Wahlziel in Dresden ist eine deutliche Stärkung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die
357 Fortsetzung der Zusammenarbeit innerhalb der Kooperation mit LINKEN, SPD und Piraten im Stadtrat.
358 Wir werden dadurch gemeinsam eine schwarz-blaue Mehrheit verhindern und reaktionäre Angriffe
359 gegen die von uns begonnene progressive Politik in Dresden abwehren.

360

361 Wir setzen auf einen Wahlkampf, der sich mit den zentralen gesellschaftlichen Fragen in Dresden
362 auseinandersetzt. Wir stellen in den Vordergrund, dass wir für Dresden in den letzten fünf Jahren viel
363 erreicht haben, aber die gesellschaftliche und politische Modernisierung Dresdens fortgeführt werden

364 muss und dies noch einige Anstrengung von den progressiven politischen Kräften in der Stadt
365 verlangt. Dabei werden wir ehrlich damit umgehen, wo wir seit 2014 zu wenig erreicht haben und uns
366 nicht durchsetzen konnten. Wir werden entschlossen und mit Mut zur Veränderung für ein
367 demokratischeres, ökologischeres und gerechteres Dresden streiten.

368

369 Wir setzen auf einen Wahlkampf, der sich inhaltlich und im Stil deutlich für Weltoffenheit und Respekt
370 und gegen Hass, Hetze und Intoleranz richtet. Wir wollen mit denjenigen, die sich für ein weltoffenes,
371 kulturell-linkes oder queeres Dresden einsetzen, das Kippen dieser Stadt nach rechts verhindern, damit
372 Dresden sich weiter zu einer bunten und toleranten Stadt entwickeln kann. Wir wollen mit ihnen
373 gemeinsam verhindern, dass demnächst eine völkisch-autoritäre AfD einen Kulturkampf aus einer
374 Mehrheitskonstellation gegen alles und jeden führen kann, was oder wer nicht in ihr Weltbild passt.
375 Wir wollen einen Wahlkampf führen, der für die Zuversicht steht, dass ein Durchmarsch der
376 Rechtsradikalen verhindert werden kann, der aber auch die Gefahren klar benennt.

377

378 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten von allen demokratischen Kräften in Dresden, dass sie sich von
379 antidemokratischen und menschenfeindlichen Positionen im Wahlkampf und nach der Wahl klar
380 abgrenzen.

381

382 Bei der Stadtratswahl in Dresden steht mit Rot-Grün-Rot das, neben der Stadtratsmehrheit in Leipzig,
383 sachsenweit wichtigste Alternativmodell zur CDU und Schwarzblau zur Wahl. Die Stadtratswahlen in
384 den Großstädten und insbesondere in Dresden werden eine erhebliche Signalwirkung für die
385 Landtagswahl im September 2019 haben. Es geht darum, ob wir Sachsen ab kommenden September
386 mit Optimismus und Zuversicht nach vorne bringen werden oder Rückwärtsgewandtheit und Angst
387 auch in den Parlamenten die Oberhand gewinnen.

388

389 Wir erwarten vom Landesverband, dass wir gemeinsam einen progressiven Landtagswahlkampf führen,
390 der sich klar auf die politische und gesellschaftliche Modernisierung Sachsen ausrichtet, die zentralen
391 Werte unseres Miteinanders in den Vordergrund stellt und sich klar gegen den Rechtsruck in Sachsen
392 positioniert. Dazu ist es notwendig, die CDU als Hauptverantwortlichen für die aktuellen
393 gesellschaftlichen Zustände in Sachsen und hinsichtlich ihrer Haltungslosigkeit gegenüber der AfD
394 anzugreifen und sich somit klar und unmissverständlich von der aktuellen Politik der sächsischen
395 Union abzugrenzen.

396

397 Wir fordern den Vorstand den Stadtvorstand und den Landesvorstand auf, den Vorwahlkampf zu
398 Landtagswahl und die Kommunal- und Europawahl möglichst eng miteinander zu verzahnen. Um die
399 für uns zentralen Wähler*innenschichten in den urbanen Räumen anzusprechen, braucht es einen
400 Wahlkampf, der klar darauf ausgerichtet ist, all jene Menschen zu überzeugen, die für ein freiheitliches,
401 weltoffenes und gerechteres Sachsen stehen. Diese sind keineswegs nur, aber vor allem in den drei
402 Großstädten zu finden. Die Landespartei wird aufgefordert, dem Rechnung zu tragen und sich im
403 Wahlkampf und bei der Kampagnenarbeit im Vorfeld einen wesentlichen Schwerpunkt auf diese
404 Milieus zu legen.

405

406 Unser Ziel muss es weiterhin sein, die Macht der CDU in Sachsen zu brechen und einen Beitrag zu
407 einem Aufbruch für eine neue politische Kultur in Sachsen zu leisten. Der Landesvorstand wird
408 aufgefordert, dazu die Bemühungen zu forcieren, gemeinsam mit LINKE und SPD eine Alternative zu
409 den bestehenden Mehrheitsverhältnissen in Sachsen zu entwickeln.

410

411 Der Europawahlkampf kann gerade für die Kommunalwahl eine große Mobilisierungschance sein, vor
412 allem mit einer Europawahlkampagne, die die die großartigen Errungenschaften der Europäischen
413 Union betont, für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa eintritt und sich gegen den
414 Rechtsruck in Europa stellt. Um diesen Wahlkampf entschlossen und sichtbar in Dresden führen zu
415 können, erwarten wir vom Landesvorstand, dass dieser sich für die stärkere Präsenz von GRÜNER
416 Bundesprominenz auch in Dresden einsetzt.